

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Volkspolizeidirektoriums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Volkshilfskonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 72206**

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonellspalte 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonellspalte 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Spalte, Kolonellspalte mit 50% Nachschlag. Reklamespalte 2 M. Inserate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonellspalte 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamespalte 2,25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Das Elend der Ausgesteuerten.

### Zunahme der Ausgesteuerten. — Rückgang der Notstandsarbeiter.

Man tappte lange Zeit im Dunkeln, wie hoch das Heer der ausgesteuerten Erwerbslosen sei. Auch heute ist hierüber keine genaue Klarheit zu erlangen. Immerhin bieten die von der Reichsarbeitsverwaltung bei den Arbeitsnachweisen durchgeführten Stichtagzählungen einen gewissen Anhaltspunkt. Eine Gegenüberstellung der bei den Arbeitsnachweisen Mitte August vorhandenen Arbeitsuchenden mit den Hauptunterstützungsempfängern ergibt, daß die Zahl der Arbeitsuchenden diejenige der Unterstützungsempfänger weit übertrifft. Folgende Zusammenstellung läßt dies erkennen:

	männliche	weibliche	insgesamt
Bei den Arbeitsnachweisen verfügbare Arbeitsuchende	1 628 737	448 655	2 077 422
Hauptunterstützungsempfänger	1 286 660	317 609	1 604 278
minus:	342 068	131 076	473 144

**473 144 keine staatliche Erwerbslosenunterstützung.** Diese Zahl setzt sich aus Ausgesteuerten und Nichtbezugsberechtigten zusammen. Hieran ist zu erkennen, daß das Problem der Ausgesteuerten immer dringlicher wird.

Die angekündigte Statistik über die Gliederung der Erwerbslosen nach den verschiedenen Unterstützungsperioden liegt nunmehr vor. Sie bietet folgendes Bild: Ueber 13 Wochen Unterstützung 836 186, über 20 Wochen 495 800, über 30 Wochen 114 801 und über 50 Wochen Unterstützung 12 497. Diese 12 500 langfristige Unterstützung erhalten, wenn sie nicht binnen zwei Wochen Arbeit erhalten, weil eine Verlängerung der Unterstützungsdauer über 52 Wochen nicht in Frage kommt. Bei den über 30 Wochen Unterstützung kann die Fortdauer der Unterstützung in Betracht kommen.

Diese Statistik gibt also auch noch keinen Aufschluß über die Gesamtzahl der Ausgesteuerten. Es liegen darüber im Augenblick nur ganz rohe Schätzungen vor. Gestützt auf die Schätzung der Ausgesteuerten in Preussens im Mai in Höhe von rund 45 000 nimmt man an, daß die Zahl der Ausgesteuerten gegenwärtig rund 120 000 ausmacht. Nach der eingangs aufgeführten Vergleichung zwischen Arbeitsuchenden und Unterstützungsempfängern scheint

diese Schätzung viel zu niedrig gegriffen zu sein. Wenn das Reichsarbeitsministerium bisher glaubte, an diesen Tatsachen flüchtig vorbeizugehen zu können und der Wohlfahrtspflege überließ, hier einzuspringen, so ist dieser bequeme Ausweg durch die neuere Entwicklung des Arbeitsmarktes ganz und gar unmöglich.

Das Schicksal der Ausgesteuerten verlangt gebieterisch nach einer sozial bedingenden Lösung. In dem Augenblick, wo die Zahl der Ausgesteuerten riesige Dimensionen anzunehmen droht, wäre es ein freventliches Spiel, das Schicksal der Ausgesteuerten von der Wohlfahrtspflege abhängig zu machen. Das muß zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Fürsorge (Wohlfahrtspflege) führen. Wir haben bereits wiederholt den Nachweis geführt, daß schon jetzt die Durchführung der Fürsorgepflicht sehr viel zu wünschen übrig läßt; das wird noch viel schlimmer werden, wenn die finanzielle Belastung der öffentlichen Fürsorge durch Unterstützung großer Massen ausgesteuerten Erwerbsloser noch größer wird.

Im Dezember 1925, also vor halb einem Jahre, hatten wir bereits 1,5 Millionen unterstützte Erwerbslose; diese furchtbare Ziffer gibt, mit welchen ungeheuren Massen von Ausgesteuerten wir bis Ende des Jahres zu rechnen haben. Es geht nicht an, vor diesen furchtbaren Tatsachen noch länger die Augen zu verschließen. Das Reichsarbeitsministerium wird handeln und zunächst eine Zwischenlösung veruchen müssen. Darüber hinaus wird es notwendig werden, bei Wiederauftritt des Reichstags mit brauchbaren Vorschlägen zur Linderung des sozialen Notstands hervorzutreten.

Die oben mitgeteilte Statistik über die Dauer der Arbeitslosenfälle gibt auch nähere Auskünfte über die Pflicht- und Notstandsarbeiter. Die Zahl der Pflichtarbeiter beträgt nach der neuen Statistik 133 038 und die der Notstandsarbeiter 130 101. Die Zahl der Notstandsarbeiter ging vom 15. Mai bis zum 15. August um rund 40 000 zurück, vom Juni zum August um rund 14 000.

Der Rückgang der Zahl der Notstandsarbeiter ist geradezu deprimierend. Er läßt sich nur dadurch erklären, daß manchen Gemeinden trotz einer Verstärkung der Darlehen und trotz einer Milderung der Darlehensbedingungen der finanzielle Anteil immer noch schwer ist. Das gilt aber nicht für alle Gemeinden. In vielen Stellen sieht sich bei etwas mehr Initiative auch mehr Notstandsarbeit beschaffen.

## Der Turm wankt!

### Das Zentrum in Koalitionswehen.

— r1 — In der Republik der Silberberge und der lutherisierten Marge regiert seit Jahren nachweislich das Großkapital. Und nachdem es seit Jahren seine Herrschaftsgelüste befreudigt, mag es nicht immer wieder auf frischer Tat ertappt werden. Denn man hat doch schließlich eine demokratische Verfassung, die man anerkennt, und man möchte die anderen im dem jungfräulichen Glauben belassen, es genüge der angekreuzte Stimmzettel zur Machtausübung in der Republik. Damit aber diese anderen, die Millionen und aber Millionen der Werktätigen, an dem republikanischen Wunderglauben nicht irre werden, hält man es für tunlich, die verräterischen Gesichtszüge der kapitalistischen Diktatur mit der verführerischen Schminke der Koalition zu überfrachten.

Es ist noch nicht allzu lange, daß sich die deutsche Bourgeoisie der Koalitionsmaske bedient. Doch die Methode selbst ist alt. Es ist die nämliche, die der „Arbeiterpolitik“ der kapitalistischen „Sozialreform“ seit jeher zugrunde gelegen. Die Arbeiter, gewiß, die müssen dabei sein, die müssen sehen, daß ihnen Aufmerksamkeit und Beforgnis zuteil wird, die müssen glauben, daß ihnen Recht widerfähre in dieser gerechtesten aller Welten. Das heißt: man redet viel und schreibt noch mehr über die „Arbeiterfrage“, über die „Not des Arbeiterstandes“ — und zum Schluß bleibt alles beim Alten. Und wie sollten die Arbeiter mehr verlangen, als ihnen gewährt wird! Leben wir doch in dem irdischen Jammertal, wo es nach der Moral der kapitalistischen Welt von Ewigkeit zu Ewigkeit allen — die Kapitalisten ausgenommen — schlecht geht und wo das einzig erstrebenswerte Glück ist: der Glaube an Klassenveröhnung, Burgfrieden und soziale Gerechtigkeit im Jenseits. . .

Doch nicht jeder ist von Hause aus auf dem richtigen Wege. Diese „Trenden“ muß man beeinflussen, ihnen muß man die Ueberzeugung beibringen, daß es nichts Herrlicheres gebe, als sich zu beschneiden und die Seligkeit zu suchen im Himmel. Beeinflussung von Massen steht aber in den Zeiten des Parlamentarismus mehr als Kanzelpredigten voraus: man muß politische Beeinflussung üben, in die Politik, in Gesetzgebung und Verwaltung eingreifen. Dazu braucht man eine politische Organisation, aufgebaut nach Möglichkeit auf der Grundlage der Konfession, der seelischen und gesellschaftlichen Bindungen an die große Beherrscherin der Gemüter, die Kirche. Eine solche politische Organisation der kapitalistischen Beeinflussung der arbeitenden Bevölkerung ist das deutsche Zentrum. Und wie die Bourgeoisie das Zentrum nötig hat, um das Bewußtsein der proletarischen Massen abzuloten von der sozialen Wirklichkeit dieser irdischen Welt, so hat das Zentrum die Koalition nötig, um ihrer Anhängerschaft den Blick dafür zu trüben, daß das Zentrum selbst nichts anderes ist, als Partei und Interessent in den politischen, sozialen, wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart.

Und hierin liegt der Grund dafür, daß von niemandem die Politik der großen und größten Koalitionen in der deutschen Republik eifriger verfolgt wird als von der deutschen Zentrumspartei.

Das Zentrum, die Partei der „Mitte“, kann ohne Koalitionen, ohne Lavieren nach rechts und nach links, weder leben noch Politik machen. Gegenwärtig ist aber die Lagerung der Klassenkräfte eine solche, daß die Parteien der Rechten dem Zentrum immer weniger, die Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft immer mehr gefährlich werden. Deshalb — und das wäre allein schon Grund genug — soll die Sozialdemokratie in einer Großen Koalition ihrer Lebenskräfte beraubt werden. Das Zentrum hat indes für seine Koalitionsbegeisterung auch noch andere schwerwiegende Gründe. Die Zusammenballung der kapitalistischen Kräfte ist, obgleich schon weit fortgeschritten und mit jedem Tage weiter fortschreitend, nicht endgültig abgeschlossen. Die großen Industrieunternehmen — das hat Stegerwald kürzlich in dem Organ der christlichen Gewerkschaften ausgeplaudert — möchten Ruhe haben: Ruhe vor staatspolitischen Putzsch, Ruhe vor vielen Streiks. Und wo gäbe es ein besseres Mittel, diese „Ruhe“ zu schaffen, als in einer Koalition, in der die Sozialdemokratie festgelegt würde auf die berühmten „Belange des States“, wo man sie um des eingebildeten „Staatsinteresses“ willen zwingen könnte, auf „Ruhe und Ordnung“ Obacht zu geben! Freilich: wird der Wohlseine Schuldigkeit getan haben, so wird man ihn heimzuschicken keine Bedenken tragen. Und alle schönen Reden eines Silberberg, zu denen auf der dieser Tage stattfindenden Präsidialsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Düsseldorf noch etliche mehr hinzukommen dürften, werden uns nicht glauben machen, daß das letzte Ziel der Industrierhetoren ein anderes sei als der Bürgerblock in Reinkultur, ohne koalitionspolitischen Nummernschanz, ohne Schminke und Maskenverleih. Doch führen schließlich alle Wege nach Rom. Und ist an dieser Stelle über die tieferen Beweggründe der ganzen Silberbergerei das Nötige gesagt worden, so mag noch einiges angefügt werden über die Rolle, die des Zentrums edle Motive in dem durchsichtigen Spiel zugewiesen erhielten. Denn die politischen

## Die Unterredung Francqui-Poincaré.

### Ohne Ergebnis.

SPD. Paris, 29. September.

Ueber die am Dienstag stattgefundene einündige Unterredung, die Poincaré mit dem belgischen Finanzminister Francqui hatte, ist lediglich bekanntgeworden, daß es die französische Regierung endgültig abgelehnt hat, schon jetzt, dem Beispiel Belgiens folgend, die eingeleitete Stabilisierungsaktion durch Rückkehr zur Goldwährung abzuschließen. Es scheint vor allem die Furcht vor den unvermeidlichen Folgen einer überstürzten Sanierungspolitik zu sein, die die französische Regierung dazu bestimmt hat, einstweilen den Papierfranken beizubehalten. In unterrichteten Kreisen verfehrt man darüber hinaus, daß Poincaré sich nach längerem Widerstand nunmehr doch entschlossen habe, dem seinerzeit auf Verlangen Caillaux' ausgearbeiteten Plan der Experten in allen Einzelheiten zu folgen. Das ist um so wahrscheinlicher, als Poincaré in seiner Rede von Barle-Duc sehr unzweideutig auf die Notwendigkeit einer baldigen Ratifikation der Abkommen von Washington und London angespielt hat. Er hat am Mittwoch dem Präsidenten der seinerzeit von der Kammer eingesetzten Unterkommission zur Prüfung der Schuldenerträge Parac gebeten, dem Parlament so rasch als möglich den von der Kommission zu erstattenden Bericht über das Ratifikationsgesetz vorzulegen. Diese wird bereits am 15. Oktober zusammentreten, um darüber zu beraten.

## Italien und das Rote Meer.

WIB. London, 29. September.

Daily Telegraph berichtet aus Kairo: Nach einer Verabredung aus Hobeiba hat der Gouverneur von Erythrea, Gasparini ein Wirtschaftsabkommen mit dem Imam Jahia von Yemen abgeschlossen, das den italienischen Interessen beträchtliche wirtschaftliche Vorteile im Yemen verschafft. Gasparini werde sich sofort nach Rom begeben, um Mussolini das Abkommen vorzulegen, das die Krönung dreißigjähriger gebuldiger Bemühungen der Italiener bildet, im Yemen Fuß zu fassen.

Die italienische Kolonie Erythrea liegt nordöstlich von Abyssinien. Das oben mitgeteilte Abkommen liegt im Rahmen der italienischen Expansionsbemühungen, sich am Roten Meer festzusetzen. Nach den weiteren Mitteilungen des Daily Telegraph soll Italien nach drei Jahren einen „Stützpunkt“ im Demagobiet zugesprochen erhalten. Es ist nicht zu verkennen, daß der Vertrag Italien einen Ausgleich dafür schaffen soll, daß es durch die Aufrollung des englisch-italienischen Abyssinienabkommens gegenüber England ins Hintertreffen geriet. So hat sich Mussolini nunmehr für die Zusammenkunft mit Chamberlain einen kleinen Trumpf gesichert. Ob er ihm viel nützen wird, ist eine andere Frage.

## Die Bluttat in Germersheim.

### Verhaftung des Mörders.

WIB. Germersheim, 29. September.

Gestern Abend fand zwischen Vertretern der Justizbehörden auf der einen Seite und dem französischen Platzkommandanten von Germersheim auf der anderen Seite eine Besprechung über die Vorfälle in der Nacht vom Sonntag zum Montag statt. Auf die Vorstellungen der deutschen Vertreter, die die Empörung der Bevölkerung über den Zwischenfall zum Ausdruck brachten, versicherte der Platzkommandant, daß auch die französischen Behörden Trauer über die Vorfälle empfänden, und gab die Erklärung ab, daß das Gerichtsverfahren auf das eingehendste und gewissenhafteste durchgeführt werden würde. Weiter wird von zuständigen Seite bestätigt, daß der französische Unterleutnant Roucier im Zusammenhang mit dem letzten Zwischenfall festgenommen und nach Landau übergeführt worden ist.

Havas gibt, wie die Berliner Morgenblätter aus Paris melden, in einem Telegramm aus Mainz über die blutigen Vorfälle in Germersheim an, der französische Offizier sei von Deutschen provoziert und tödlich angegriffen worden. Er habe in Notwehr auf seine Angreifer geschossen und dabei einen Deutschen getötet und zwei verwundet.

Das Bürgermeisteramt der Stadt Germersheim hat an den Völkerverbund, an die Reichsregierung und an die bayrische Regierung einen Notruf gedruckt, in dem in eindringlichen Worten auf die schwere Bedrängnis der Stadt durch die Verletzung hingewiesen und die sofortige Einsetzung eines unparteiischen Schiedsgerichts zur Untersuchung der kürzlichen Vorfälle, sowie die schnellste Entfernung aller fremden Truppen aus den Mauern der Stadt gefordert wird.

## Ein weiterer Zwischenfall in Trieb.

WIB. Trieb, 29. September.

Vor einigen Tagen ereignete sich auf der Bilsburger Straße eine schwere Bluttat. Vier Radfahrer waren in eine Spaziergängergruppe hineingefahren, und bei dem darauf folgenden Wortwechsel wurde einer der Spaziergänger namens Holstein aus Trieb von einem der Radfahrer kurzerhand niedergeschossen. Die Vernehmung der vier jungen Leute, die gestern ermittelt und vorgeführt wurden, ergab als Täter einen Angehörigen der französischen Besatzung, der am gleichen Abend auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei durch die französische Gendarmerie in Haft genommen wurde. Er hat bereits eingestanden, die Schüsse abgegeben und die bei der Tat benutzte Waffe, eine Selbstladepistole, vor seiner Festnahme erworben zu haben.